

## Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos, Franz Schindler, Reinhold Strobl, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Reinhold Perlak, Stefan Schuster, Markus Rinderspacher SPD**

### **Beteiligung der Staatsregierung an der Bewältigung der Folgen des Personalabbaus ziviler Angestellter bei den US-Streitkräften in Grafenwöhr und Hohenfels**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die zivilen, deutschen Angestellten der US-Army durch die Sparpläne der US-Regierung im Verteidigungsbereich massiv betroffen sind. Schon jetzt sind bis zu 250 Arbeitsplätze abzubauen, in der Zukunft ist zusätzlich im Bereich Grafenwöhr und Hohenfels mit massiven Entlassungen zu rechnen.

Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind für die Betroffenen von höchster Wichtigkeit, um eine Nachfolgebeschäftigung im deutschen Arbeitsmarkt zu bekommen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die von der US-Army zugesicherte Transfergesellschaft für sechs Monate bei Kündigung von mehr als 15 Personen mit Landesmitteln auf eine Dauer von zwölf Monate aufzustocken.

#### **Begründung:**

Die in einem Vertrag mit der obersten Dienstbehörde der US-Army in Europa zugesicherte Transfergesellschaft für sechs Monate bei Kündigung von mehr als 15 Personen soll der Qualifizierung der Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt dienen. Wegen der speziellen Arbeitsanforderungen bei den US-Streitkräften ist eine sechsmonatige Nachqualifizierung nicht ausreichend. Eine Transfergesellschaft, in der die Betroffenen ein Jahr beschäftigt sind, könnte ihnen die Gewähr bieten, einen heimatnahen Nachfolgearbeitsplatz zu bekommen. In Zeiten drohenden Fachkräftemangels gerade in den strukturschwachen Regionen kann auf das Potential dieser Arbeitskräfte nicht verzichtet werden.